

# VEREINIGUNG DER VERWALTUNGSRICHTER RHEINLAND-PFALZ

– VVR –

## RUNDSCHREIBEN

---

Rdschr. Nr. 1/10 vom 25.03.10

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder,

schon neigt sich das erste Quartal des Jahres 2010 dem Ende zu, so dass Anlass besteht, Sie wieder über aktuelle und künftige Aktivitäten der Vereinigung zu informieren.

1. Zunächst gebe ich Ihnen den Termin für die nächste ordentliche Mitgliederversammlung bekannt:

**Die Mitgliederversammlung 2010 der VVR findet am**

**Donnerstag, dem 28. Oktober 2010, in Neustadt an der Weinstraße statt.**

Ich wäre Ihnen allen dankbar, wenn Sie sich diesen Termin bereits jetzt vormerken und nach Möglichkeit freihalten, zumal in diesem Jahr auch die **Neuwahl des Vorstands** auf dem Programm stehen wird. Für unsere Mitgliederversammlung haben wir den Scheffelsaal im Saalbau der Stadt Neustadt an der Weinstraße reserviert. Im Rahmen des Vormittagsprogramms wollen wir uns in diesem Jahr mit dem Thema "**Richterliche Berufsethik**" befassen, das in jüngster Zeit auch Gegenstand zahlreicher Beiträge in der Deutschen Richterzeitung war und jeden von uns betrifft. Als Referenten haben wir Herrn Eucharius Wingenfeld gewonnen, der nicht nur Richter am Amtsgericht Trier, sondern auch Benediktinermönch ist; darüber hinaus ist er Mitglied der "Mainzer Ethikrunde" und auch als Referent bei Tagungen zum Thema "Richterliche Ethik" im Rahmen des landeseigenen Justizfortbildungsprogramms hervorgetreten. Im Anschluss an ein Impulsreferat von Herrn Wingenfeld wollen wir anhand typischer Fallkonstellationen über Fragen der richterlichen Berufsethik, wie sie sich auch und gerade in der verwaltungsrichterlichen Tätigkeit stellen, diskutieren. Über den Programmablauf im Einzelnen werden wir Sie zu gegebener Zeit gesondert informieren.

2. Mit Schreiben vom 22. Dezember 2009 hat die VVR zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Achstes Landesgesetz zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes mit dem Ziel der **landesweiten Konzentration der**

**Zuständigkeiten für Streitigkeiten nach dem Asylverfahrensgesetz bei dem Verwaltungsgericht Trier** Stellung genommen. Darin haben wir die beabsichtigte Konzentration aller Asylverfahren beim VG Trier befürwortet, weil sie eine effektivere Arbeitsweise in diesen Verfahren ermöglicht und zugleich zu einem angemessenen Belastungsausgleich zwischen den Verwaltungsgerichten erster Instanz beitragen wird. Etwaigen Erschwernissen für Asylbewerber und deren Prozessbevollmächtigte durch längere Anreisewege und höhere Reisekosten werde nach Möglichkeit durch eine flexible, auf die Belange der Verfahrensbeteiligten besonders Rücksicht nehmende Terminierungspraxis sowie die Gewährung von Reisekostenentschädigung an mittellose Personen für die persönliche Wahrnehmung von Gerichtsterminen Rechnung getragen werden. Anders, als im Gesetzentwurf vorgesehen, haben wir jedoch vorgeschlagen, Verfahren, in denen im Zeitpunkt des – für den Tag der Verkündung des Änderungsgesetzes vorgesehenen – Inkrafttretens des Gesetzes an den drei abgebenden Verwaltungsgerichten bereits Termin zur mündlichen Verhandlung bestimmt oder durchgeführt worden ist, vom Übergang auf das Verwaltungsgericht Trier auszunehmen, um zu verhindern, dass es wegen des nicht genau prognostizierbaren Tages des Inkrafttretens des Gesetzes zu Unzuträglichkeiten kommt.

3. Die Landesregierung hat kürzlich eine **Reform des öffentlichen Dienstrechts** in Angriff genommen. Nach einem **Eckpunktepapier des Ministerrates** soll es in einem ersten Schritt zu einer Neuregelung des Landesbeamtengesetzes insbesondere mit dem Ziel der Einführung einer einheitlichen Laufbahn kommen; diese Neuregelung dürfte den richterlichen Dienst nicht unmittelbar betreffen. In einem zweiten Schritt soll jedoch auch das Besoldungs- und Versorgungsrecht reformiert werden mit dem Ziel einer Ausrichtung der Besoldung nicht mehr am Lebensalter, sondern an der Berufserfahrung. Inwieweit in die Reform auch die Richterbesoldung und -versorgung einbezogen werden soll, lässt sich dem Eckpunktepapier noch nicht entnehmen. Man wird jedoch darauf achten müssen, dass einerseits keine für den Richterberuf unpassenden Neuregelungen einfach auf die Richterbesoldung und -versorgung übertragen werden, die Richterbesoldung andererseits aber auch nicht von positiven Entwicklungen wie einer allgemeinen Anhebung der Grundgehälter – wie sie im Eckpunktepapier für die W-Besoldung bereits angekündigt wird – abgekoppelt bleibt. Die VVR hat sich daher mit dem Landesverband des Deutschen Richterbundes darauf verständigt, die Dienstrechtsreform zum Anlass zu nehmen, eine **Initiative für die Schaffung eines eigenen Landesrichterbesoldungsgesetzes** zu starten, in dem die Besoldung und Versorgung der Richter und Staatsanwälte im Landesdienst eine eigenständige, der Bedeutung der Judikative als eigenständiger Staatsgewalt entsprechende und auch der Höhe nach verfassungskonforme Regelung erhalten soll. Im Laufe des Jahres soll hierzu ein Eckpunktepapier erarbeitet werden. Ich möchte alle Kolleginnen und Kollegen, die mit dem

Besoldungsrecht befasst sind, bitten, sich in diese Diskussion einzubringen und uns bei dieser Initiative zu unterstützen.

4. Bekanntlich hatte die BDVR-Mitgliederversammlung im Dezember 2009 beschlossen, dass alle Landesverbände des BDVR eine(n) **Beauftragte(n) für das BDVR-Rundschreiben** benennen sollen, um sicherzustellen, dass die Redaktion des Rundschreibens wieder stärker mit interessanten Beiträgen aus den Landesverbänden versorgt und über neue Entwicklungen in den Verwaltungsgerichtsbarkeiten der Länder informiert wird. Nachdem sich Frau RinVG Klingenmeier (VG Neustadt an der Weinstraße) dankenswerterweise bereit erklärt hatte, diese Aufgabe für die VVR zu übernehmen, ist sie inzwischen gegenüber der BDVR-Redaktion als Rundschreiben-Beauftragte der VVR benannt worden und hat ihre Arbeit in dieser Funktion aufgenommen. Ich darf alle Damen und Herren Mitglieder nochmals bitten, Frau Klingenmeier in dieser Funktion zu unterstützen und ihr regelmäßig geeignete Beiträge für das BDVR-Rundschreiben – möglichst als word-Dokument – zu übermitteln.

5. Schon in wenigen Wochen beginnt der **16. Deutsche Verwaltungsgerichtstag, der vom 5. bis 7. Mai 2010 in Freiburg stattfindet**. Die Programmhefte sind inzwischen verteilt worden. Ich möchte daran erinnern, dass die **Anmeldung spätestens bis zum 10. April 2010** erfolgen sollte. Die Anmeldefrist sollte möglichst eingehalten werden, um den Veranstaltern eine rechtzeitige Übersicht über die Teilnehmerzahlen an den Arbeitskreisen und dem Rahmenprogramm zu ermöglichen. Anmeldung und Hotelbuchung können auch sehr bequem und kostenfrei online über die Homepage des Verwaltungsgerichtstages ([www.freiburg2010.de](http://www.freiburg2010.de)) erfolgen. Über eine große Teilnehmerzahl aus unserem Landesverband und beim gemeinsamen Landestreffen mit den saarländischen Kolleginnen und Kollegen würde ich mich sehr freuen.

Zunächst aber wünsche ich allen Mitgliedern schöne Osterfeiertage und eine gute Zeit.

Mit freundlichen Grüßen  
für den Vorstand

(Hartmut Müller-Rentschler)